



BERND RÜTZEL

sozial - kompetent - nah

NEWSLETTER DEZEMBER 2024

BERND RÜTZEL

Mitglied des
Deutschen Bundestages

Vorsitzender des Ausschusses
für Arbeit und Soziales

Wahlkreis: Main-Spessart/Miltenberg

Betreuungswahlkreis: Aschaffenburg

WAHLKREISBÜRO GEMÜNDEN

Obertorstraße 13

97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563

Fax 09351 6058298

bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

BÜRO BERLIN

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 227 73434

Fax 030 227 76433

bernd.ruetzel@bundestag.de

MIT NUR EINEM KLICK:



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

Die Adventszeit hat begonnen – eine Zeit, die uns einlädt, innezuhalten, Licht in die dunklen Tage zu bringen und den Zusammenhalt zu stärken. Weihnachten, das Fest der Hoffnung, erinnert uns daran, wie wichtig Solidarität und Gemeinschaft sind – Werte, die auch die Grundlage sozialdemokratischer Politik bilden.

Nach einem ereignisreichen Jahr, die Bundestagswahl direkt vor uns, zeigt sich einmal mehr, wie bedeutend eine Politik ist, die sich für soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Klimaschutz einsetzt. Sozialdemokratische Politik hat stets das Ziel, ein gutes Leben für alle zu ermöglichen – sei es durch eine gerechte Verteilung von Wohlstand, Investitionen in Bildung, Rente und Pflege oder den Ausbau erneuerbarer Energien.

In diesem Geist will ich euch durch diesen Newsletter weiterhin über wichtige Themen informieren, Impulse für die Zukunft geben und gemeinsam an einer Gesellschaft arbeiten, die niemanden zurücklässt.

Ich wünsche euch eine besinnliche Adventszeit und einen gelungenen Start in die Weihnachtsvorbereitungen!

Ihr/Euer

2



Zum Ampel-Aus

5



Betriebsräte-Konferenz der
SPD-Bundestagsfraktion

7



Bezirksparteitag der
UnterfrankenSPD

8



Unterwegs in MSP, MIL
und AB

AUS AKTUELLEM ANLASS

ZUM AMPEL-AUS

Wir befinden uns in bewegten Zeiten. Die Ampel ist aus. Es ist gut, dass Bundeskanzler Olaf Scholz die Reißleine gezogen hat. Wie schon in den Wochen und Monaten zuvor haben manche ihr Ego in den Vordergrund gestellt, haben Parteiinteressen über die unseres Landes gestellt, haben den Bruch der Koalition von langer Hand geplant – wie die Investigativ-Recherche der [Zeit](#) offenbart hat.

Gleichwohl hat Olaf Scholz bis zuletzt immer wieder versucht Einigungen hinzubekommen. Beim Haushalt hat sich Finanzminister Lindner dann konsequent verweigert – aus Kalkül und weil er nicht bereit war, Verantwortung für unser Land zu übernehmen. Der Kanzler hingegen hat wieder einmal Verantwortung übernommen.

Und wir als Sozialdemokraten sind bereit weiter Verantwortung zu übernehmen. Denn für uns gilt: Erst das Land – dann die Partei.

Bei den Vorschlägen um die Vertrauensfrage und den Wahltermin war das gut zu sehen. Trotz anfänglicher Totalblockade von Merz und Union, die eine unwürdige Debatte mit unseriösen Vorschlägen losgetreten hatten, haben wir es innerhalb von sechs Tagen geschafft, die beste Lösung zu finden. Die Union ist von ihren voreiligen Terminvorschlägen zurückgerudert, nachdem die Forderung erhoben worden war, dass bereits in der Woche nach dem

Ampel-Aus die Vertrauensfrage gestellt werden sollte. Dass das zeitlich und organisatorisch kaum einzuhalten gewesen wäre, weiß jeder, der an der Parteilinie aktiv ist: Fristen müssen eingehalten werden, die Kandidierenden müssen gewählt sein (ist Friedrich Merz eigentlich mittlerweile gewählter Bundestagskandidat?), die Kandidierenden-Listen müssen

aufgestellt werden, wozu wieder fristgerecht Parteitage zu organisieren sind, der Wahlkampf mit Plakaten und Terminen muss geplant und organisiert werden und so weiter und so fort... Persönlich halte ich diese Art der Debatte für hoch-gradig verantwortungslos und populistisch. Denn sie schadet letztlich unserer Demokratie und nützt nur den Demokratie-Verächtern.



SO GEHT ES WEITER

Bundeskanzler Olaf Scholz wird am 16. Dezember 2024 im Deutschen Bundestag die Vertrauensfrage stellen. Wenn er dann keine Mehrheit bekommt, wird das Bundeskabinett dem Bundespräsidenten den 23. Februar 2025 als Wahltermin vorschlagen.

Bis zum Wahltermin wollen wir die Zeit nutzen und gemeinsam mit der demokratischen Opposition im Bundestag wichtige Vorhaben beschließen.

Aus unserer Sicht gehören dazu etwa der Abbau der kalten Progression, die Erhöhung des Kindergeldes und die Verlängerung des Deutschlandtickets.



AUS AKTUELLEM ANLASS

ZUM AMPEL-AUS

Wir wollen unseren Wirtschaftsstandort stärken, Arbeitsplätze sichern und das Bundesverfassungsgericht resilienter machen. All diese Vorhaben müssen schnell auf den Weg gebracht und dürfen nicht aus parteitaktischen Gründen aufgeschoben werden. Ich zähle auf die Einsicht der Kolleginnen und Kollegen aller demokratischen Parteien, dass wir hier zu Lösungen kommen. Aktuell stehen bis zum 23.02.2025 noch sechs Sitzungswochen des Deutschen Bundestages im Kalender und die Gespräche laufen.

Insofern bin ich optimistisch, dass Entlastungen, die wir für die Bürgerinnen und Bürger vorgesehen hatten, kommen werden - Stichwort: Abmilderung der Kalten Progression und Erhöhung des Kindergeldes. Gute Chancen auf eine überparteiliche Zustimmung im Bundestag haben auch das Gewalthilfegesetz und das Gesetz zum Schutz vor häuslicher Gewalt, das den Schutz von Frauen vor Gewalt verbessern soll.

Und auch der Wirtschaft können wir gemeinsam helfen, indem die Deckelung der Strom-Netzentgelte für Firmen kommt. Möglich wäre das mit den nicht genutzten Mitteln aus dem Klima- und Transformationsfonds. Die Übertragungs-Netzentgelte würden dann ab dem kommenden Jahr wieder auf dem Niveau der Jahre 2019 bis 2023 liegen. Im Gespräch ist noch das Kohlenstoffspeicherungsgesetz, das die Abscheidung und Speicherung von CO₂ in Deutschland erlauben soll. Dasselbe gilt für den Gesetzentwurf zur Modernisierung und zum Bürokratieabbau im Strom- und Energiesteuergesetz mit dem die Senkung der Stromsteuer für das produzierende Gewerbe dauerhaft gesichert wäre.

KRANKENHAUS-REFORM BESCHLOSSEN

Zum 01.01.2025 wird derweil die Krankenhausreform von Gesundheitsminister Lauterbach in Kraft treten. Der Bundesrat hat am 22.11.2024 zugestimmt und damit den Weg für diese dringend notwendige Reform freigemacht.

Die Reform ist zentraler Baustein für die Modernisierung unseres Gesundheitswesens. Das ist zwar eines der kostspieligsten weltweit, bei Versorgung und Lebensdauer landet Deutschland aber dennoch im Europa-Vergleich allenfalls im Mittelfeld. Die Krankenhausreform sorgt für eine bessere Qualität der Behandlungen und verhindert eine Insolvenzwelle. Mit der Reform der Vergütung werden wirtschaftliche Fehlanreize abgeschafft. Die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten werden verbessert und überflüssige Bürokratie abgebaut. Das sichert gerade die Kliniken im ländlichen Raum ab und stellt die Krankenhäuser zukunftsfest auf.

Mit dem Inkrafttreten der Krankenhausreform werden nicht schlagartig alle Probleme gelöst sein. Aber es wird eine Basis geschaffen, die Krankenhausversorgung im Interesse der Patientinnen und Patienten, der Krankenhäuser und der Beschäftigten dauerhaft zu sichern.

Es ist gut, dass es auch in den Ländern die Einsicht gab, dass „nichts tun“ keine Option ist – trotz der Manipulationsversuche der bayerischen Staatsregierung, die auf dem Rücken von Patientinnen und Patienten versucht hatte, die Reform zu stoppen.

KLARTEXT

OHNE FRIEDEN IST ALLES NICHTS



Frieden ist kein Zufall – er ist das Ergebnis von Dialog, Gerechtigkeit und mutigem Handeln. Doch die Welt steht vor großen Herausforderungen: Kriege, Krisen und Ungleichheit gefährden den

Zusammenhalt der Menschheit. Der Ruf nach Frieden ist laut, doch er bleibt wirkungslos, wenn er nicht mit konkreten Taten untermauert wird. Deshalb unterstützt Deutschland die Ukraine in ihrem Kampf gegen den Aggressor Putin-Russland. Mit der „Zeitenwende“ hat Bundeskanzler Scholz unmittelbar auf den russischen Angriff reagiert und von Anfang klar gemacht, dass diese Unterstützung eine Herausforderung sein wird und er entschlossen ist, sich ihr zu stellen. So hat er dafür gesorgt, dass Europa an einem Strang zieht und Deutschland nach den USA am meisten Militärhilfe leistet. Deutschland steht der Ukraine nicht nur militärisch, sondern auch

darüber hinaus zur Seite – sei es mit der Aufnahme von Menschen aus den Kriegsgebieten oder mit humanitärer Hilfe. Das ist ein besonders wichtiger Punkt.

Für nachhaltigen Frieden braucht es den Willen zur Verständigung – zwischen Ländern, Kulturen und auch innerhalb unserer Gesellschaft. Frieden entsteht, wenn wir Konflikte früh erkennen und lösen, wenn wir für Menschenrechte eintreten und globale Ungleichheit abbauen. Sozialdemokratische Politik setzt auf Diplomatie statt Eskalation, auf Entwicklungszusammenarbeit statt Waffenlieferungen. Frieden bedeutet auch, Verantwortung zu übernehmen, für den Schutz von Geflüchteten, für Klimagerechtigkeit und für gerechte Handelsbeziehungen.

Es liegt an uns allen, klar Stellung zu beziehen: für eine Welt, in der Konflikte nicht mit Gewalt, sondern mit Vernunft gelöst werden. Frieden beginnt bei jedem Einzelnen – und er beginnt jetzt.

LAGE DER FRAKTION – DER PODCAST

Wie kam es zum Ampel-Aus, Rolf?

▶ 00:00 00:00



Unser Fraktionsvorsitzender Rolf Mützenich war live dabei, als der Bundeskanzler Finanzminister Lindner entlassen hat. Er erklärt uns, was Olaf Scholz so wütend gemacht hat, ob er von der FDP enttäuscht ist – und wie Regieren ohne Mehrheit funktionieren kann.



Büro Rützel

BETRIEBSRÄTE

KONFERENZ DER SPD-FRAKTION

Mit über 160 Teilnehmenden aus ganz Deutschland - darunter Harald Merz von Gerresheimer in Lohr und Yves Weinberger von Brose am Standort Würzburg - diskutierten wir bei der Betriebsrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion über Künstliche Intelligenz (KI). Gemeinsam mit Bundesarbeitsminister Hubertus Heil haben wir uns beispielsweise über das Fachkräftepotenzial der KI für eine zukünftige Arbeitswelt ausgetauscht. Wie und wo wird sie bereits genutzt und wie können wir Beschäftigte vor der KI als Kontrollinstrument schützen?

Die Teilhabe von Beschäftigten an der Ausgestaltung und Mitbestimmung von Arbeitsprozessen ist mir ein großes Anliegen. Umso wichtiger war die Diskussion.



SPD-Bundestagsfraktion



Bernd Rützel

KANDIDAT

BÜRGERMEISTER FÜR LOHR

Marc Nötscher ist der SPD Bürgermeisterkandidat in Lohr am Main für die Wahl im März 2026. Gemeinsam mit unserer Vorsitzenden der BayernSPD, Ronja Endres, sowie der SPD-Landtagsabgeordneten Martina Fehlner und den SPD-Fraktionsvorsitzenden im Kreistag, Sven Gottschalk, sowie im Lohrer Stadtrat, Thomas Nischalke, war ich bei der Nominierung.

Mit seinen 28 Jahren hat Marc schon eine Menge vorzuweisen: Seit sechs Jahren ist er Vorsitzender der SPD Lohr, seit diesem Jahr auch Co-Vorsitzender auf Kreisebene und seit einigen Wochen Stadtratsmitglied. Als Schiedsrichter bringt er Fähigkeiten mit, die auch für das Bürgermeisteramt hilfreich sind. Viel Erfolg und GlückAuf!



Bernd Rützel



RENTE

STABILISIEREN

Laut Rentenversicherungsbericht 2024 können sich die Rentnerinnen und Rentner in Deutschland im kommenden Jahr auf eine Erhöhung um rund 3,5 Prozent einstellen. Das liegt vor allem an der allgemeinen Lohnentwicklung und den Lohnabschlüssen zuletzt - und natürlich daran, dass wir als Gesetzgeber ein Rentenniveau von mindestens 48 Prozent garantieren. Allerdings gilt das nach dem Aus des Rentenpakets II nur noch bis einschließlich 2025.

Das Rentenniveau gibt an, wie sich die Renten im Verhältnis zu den Löhnen entwickeln. Sinkt es, werden die Rentner von der Lohnentwicklung abgekoppelt und haben im Vergleich zu Arbeitnehmenden also weniger Geld zur Verfügung. Genau das wollten wir mit dem Rentenpaket II verhindern und das Rentenniveau für die Zukunft stabilisieren.

Andere, wie die Union, wollen dagegen die Rente mit 70 – oder noch später. „Die Regelaltersgrenze an die Lebenserwartung koppeln“, heißt das schön formuliert. Viele Beschäftigte können nicht bis 70 arbeiten. Ein höheres Renteneintrittsalter ist für sie eine Rentenkürzung mit Ansage – das machen wir nicht mit.



PLANSPIEL

JUGEND MACHT POLITIK

Um die Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion darzustellen, laden wir regelmäßig junge Menschen zum Planspiel Zukunftsdialog nach Berlin ein. Auf meine Einladung hin war Luca Choinowski aus Obernburg (links im Bild) unter den ca. 100 Teilnehmenden.

„Learning by doing“ ist die Methode, die bei der Simulation angewendet wird. Das heißt: Sitzungsabläufe, fraktionsinterne AG Strukturen bis hin zur Geschäftsordnung realistisch nachbilden, aktuelle Themen der Fraktion beraten, eigene Antworten und Lösungen entwickeln und die (Beratungs-) Ergebnisse in Form von Anträgen dokumentieren.

Diese wurden nachher den Arbeitsgemeinschaften der SPD-Bundestagsfraktion präsentiert und zur Verfügung gestellt. Letztlich werden die Ergebnisse als Anregungen in die Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion eingebracht.

Es war toll zusehen, wie engagiert diskutiert und gearbeitet wurde und welche Ergebnisse erzielt wurden. Die Jugendlichen sind jetzt Botschafter unserer parlamentarischen Demokratie.



Thorsten Reppert

KANDIDATEN

UNTERFRANKEN-SPD FÜR BERLIN

Aufbruchstimmung lag beim Parteitag der SPD Unterfranken in der Luft. In Schweinfurt waren 98 Delegierte im Naturfreundehaus zusammengekommen, um die Reihenfolge ihrer Kandidierenden für die anstehende Bundestagswahl zu bestimmen.

Im Ranking führt bei den Frauen Gesundheitsstaatssekretärin Sabine Dittmar (Wahlkreis Bad Kissingen) die Liste an, gefolgt von Katharina Räth (WK Würzburg). Auf Platz eins bei den Männern wurde ich gelistet, gefolgt von Markus Hümpfer (WK Schweinfurt) und Manuel Michniok (WK Aschaffenburg).

Mit viel Leidenschaft hoben wir in unseren Bewerbungsreden unsere politischen Arbeitsschwerpunkte hervor und überzeugten die Delegierten. Und auch sonst war die Stimmung keineswegs verzagt. Wir gehen geschlossen in die Wahl und sind bereit um jede Stimme zu kämpfen, denn es steht uns eine echte Richtungsentscheidung bevor: Sozialabbau, neoliberale Steuerpolitik und Rückkehr zur Atomkraft oder Investitionen in Wirtschaft und Infrastruktur, Sicherung von Arbeitsplätzen, stabile Renten und Ausbau der Erneuerbaren.

SPD-Bundestagsfraktion

Einstimmigen Zuspruch erhielt danach die vom Bezirksvorstand erarbeitete „Resolution zur Sicherung des Industriestandorts Unterfranken“. Darin unterstützen wir Maßnahmen, die die Transformation der Unternehmen hin zu Elektromobilität und Klimaneutralität begleiten sollen.



Florian Sauer

In ihren Grußworten bezeugten (im Bild von links) DGB-Regionalgeschäftsführer Frank Firsching, IG-Metall-Bevollmächtigter Thomas Höhn, Vorsitzender des Schaeffler-Betriebsrats Jürgen Schenk und Gesamtbetriebsratsvorsitzender von Bosch-Rexroth Klaus Friedrich, dass die Ausrichtung der Resolution stimmt und mit ihren Zielen zusammenpasst.

Abschließend verabschiedeten wir unsere langjährige SPD-Bezirksgeschäftsführerin Isabella Walter unter stehendem Beifall der Delegierten mit Präsent und Blumen in den Ruhestand. Vielen Dank für alles, liebe Isabella!



Florian Sauer

KURZ & KNAPP

TERMINE IM NOVEMBER

9. NOVEMBER



Bernd Rützel

1918, 1923, 1938, 1989 - Der 9. November kann ohne Zweifel als Schicksalstag in der deutschen Geschichte bezeichnet werden: Ausrufung der ersten deutschen Republik, Hitler-Putsch, Reichspogromnacht und der Fall der Mauer sind solch einschneidende Ereignisse in der deutschen Geschichte, dass immer wieder an diese erinnert und gemahnt werden muss. Übrigens: In diesem Jahr haben wir 35 Jahre Mauerfall gefeiert, worauf u.a. die Pylonen-Installation durch Berlin aufmerksam gemacht hat.

JUGENDMIGRATIONSDIENST AB / MIL



Büro Rützel

„Die jungen Menschen, die zu uns zur Beratung kom-

men, haben Power, die wollen sich integrieren und sich etwas aufbauen“, berichtete Bernd Noack, Chef des Jugendmigrationsdienst (JMD) Aschaffenburg, beim Besuch vor Ort. Dass es nicht leicht ist, sich direkt in einem fremden Land zurecht zu finden, liegt auf der Hand. Beim JMD bekommen junge Menschen zwischen 12 und 27 Jahren in Stadt und Kreis Aschaffenburg sowie dem Kreis Miltenberg Unterstützung in Sachen schulischer und beruflicher Integration. Das ist wichtig für die jungen Leute und für unser Land, denn wir brauchen Fach- und Arbeitskräfte. Und: Die Erfolge sind bemerkenswert. Eine gute Sache, die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert wird.

KRIPO ASCHAFFENBURG



Büro Rützel

Bei der Kriminalpolizeiinspektion Aschaffenburg habe ich mich gemeinsam mit dem Aschaffener SPD-Bundestagskandidaten Manuel Michniok sowie den Vorsitzenden der SPD Landkreis Aschaffenburg, Wolfgang Jehn, und SPD-Unterbezirk Aschaffenburg, Manuela Bleuel, über Aufgabenbereich und Ausstattung informiert. Die Kriminalpolizeiliche Beratungsstelle (im Bild) als Teil der Kripo klärt auf und hilft bei der Vorsorge. Übrigens: Jede und jeder kann sich an die Beamten wenden und Info-Termine vereinbaren. Eine super Sache.

KURZ & KNAPP

TERMINE IM NOVEMBER

WERNTALBAHN



Bernd Rützel

„Radeln für die Reaktivierung der Werntalbahn“, hatte der Verkehrsclub Deutschland (VCD) in Bayern organisiert. Seit 15 Jahren kämpfen wir dafür, dass hier wieder Regionalzüge fahren. Ich bin ein Stück mitgeradelt. In Thüngen und Eußenheim haben wir uns überlegt, wohin der Haltepunkt kommt. Toll, dass beide Bürgermeister - Lorenz Strifsky aus Thüngen und Achim Höfling aus Eußenheim - dabei waren. [Hier geht's zum Artikel in der Mainpost.](#)

JOBCENTER / ARBEITSAGENTUR



Bernd Rützel

Unterwegs in Sachen Arbeitsmarktpolitik bin ich ständig. So zuletzt beim Jobcenter Miltenberg zum Austausch mit Suse Pache, Teamleiterin Leistungen nach dem SGB II.



Bernd Rützel

Einige Tage zuvor war ich gemeinsam mit dem Aschaffener SPD-Bundestagskandidaten Manuel Michniok bei der Arbeitsagentur Aschaffenburg und beim Jobcenter des Landkreises Aschaffenburg.

TV MAINFRANKEN



TV Mainfranken

Hoch her ging es beim TV Mainfranken Stammtisch - und das obwohl die Koalition zum Zeitpunkt der Aufzeichnung noch nicht zerbrochen war. Die Themen waren trotzdem elektrisierend, denn es ging um ein mögliches AfD-Verbotsverfahren, eine Arbeitsbilanz der Ampel und die wirtschaftliche Situation unseres Landes. Schaut gerne mal rein: [TV Mainfranken.](#)

KURZ & KNAPP

TERMINE IM NOVEMBER

GYMNASIUM EISENFELD



Julius Echter Gymnasium Eisenfeld

Auf Einladung von Politiklehrer Fabian Fischer vom Julius Echter Gymnasium diskutierte ich mit einer 11. Klasse zum Thema „Soziales Pflichtjahr“. Die Klasse nimmt an einem Schülerwettbewerb der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) teil und hatte mich als Diskussionspartner angefragt. Mein Kollege Erik von Malottki, der in der SPD-Fraktion im Bundestag der Experte für die Freiwilligendienste im federführenden Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist, diskutierte ebenfalls online mit. Wie zu erwarten gab es ein großes Für und Wider. Und auch in der Frage, wie man ein Pflichtjahr gestalten könnte, gab es ganz unterschiedliche Ansätze. Eine Klasse Diskussion mit tollen Beiträgen. So macht debattieren Spaß.

TAGESAKTUELL INFORMIERT:

www.bernd-ruetzel.de

facebook.com/BerndRuetzelMdB

instagram.com/bernd_ruetzel

youtube.com/@berndruetzelmdb1037

GYMNASIUM LOHR



Büro Rützel

In Berlin habe ich mit den 11. Klassen des Franz-Ludwig-von-Erthal-Gymnasium Lohr diskutiert, die auf meine Einladung bei mir im Reichstag waren. Beim Rundgang durch die Gebäude des Deutschen Bundestages erkundeten wir historische Spuren in diesen alt-ehrwürdigen Gemäuern und diskutierten über aktuelle politische Themen.

PRAKTIKUM IN BERLIN



Büro Rützel

Gerne lade ich junge Menschen ein, im Rahmen eines Praktikums einen Einblick in meine Arbeit zu bekommen. Zuletzt unterstützte mich Hjördis Diestel in Berlin. Kennengelernt haben wir uns bei einem Seminar der Uni Würzburg, in dem ich mit Studierenden über die Rente gesprochen habe. Jetzt hat sie ein Praktikum bei mir in Berlin gemacht. [Hier geht's zu ihrem Bericht.](#)

KURZ & KNAPP

TERMINE IM NOVEMBER

BAHNLÄRM IN WERNFELD



Büro Rützel

In Wernfeld verursachen die Bahngleise seit dem letzten Umbau so viel Lärm, dass die Anlieger nicht mehr in Ruhe schlafen können. Mit Betroffenen war ich an Ort und Stelle und habe die Bahnverantwortlichen vor Ort dazu geholt. Gemeinsam haben wir nach der Lärmquelle gesucht. Nun gilt es Abhilfe zu schaffen. Ich bleibe dran.

ORTSDURCHFART NEUHÜTTEN



Büro Rützel

Die Infrastruktur ist auch in Neuhütten ein großes Thema: Hier wird in den nächsten drei Jahren die Ortsdurchfahrt auf einer Länge von 955 Metern ausgebaut - vom Anschluss der Kreisstraße MSP 21 an die Staatsstraße 2317 bis zur Kreuzung Breidensteiner Straße/Lindenbrücke in Neuhütten. Gleichzeitig wird ein einheitlicher barrierefreier Gehweg hergestellt und die Trinkwasserleitung und der Mischwasserkanal sowie weitere Versorgungsleitungen (Strom, Telekom) im Gehwegbereich erneuert. Eine Umleitung ist eingerichtet. Gute Sache!

Herzlichen Glückwunsch, vielen Dank für Euren Einsatz und weiter auf gute Zusammenarbeit!

130 JAHRE SPD GROSSOSTHEIM



SPD Großostheim

125 JAHRE SPD KARLSTADT



SPD Karlstadt

KURZ & KNAPP

TERMINE IM NOVEMBER

VORLESETAG IN RIENECK



Büro Rützel

Auch in diesem Jahr war ich beim bundesweiten Vorlesefest dabei. Diesmal war es wieder einmal ein klassisches Heimspiel für mich. In der Rienecker Grundschule, in der ich in den 1970er Jahren die Schulbank drückte, las ich den Kindern aus dem mehrfach ausgezeichneten Kinderbuch „An der Arche um acht“ vor. Die witzige und tiefgründige Arche-Noah-Geschichte von Ulrich Hub handelt von drei Pinguinen und thematisiert gleichzeitig ganz unbeschwert große Lebensfragen, die zum Nachdenken und Philosophieren anregen: Gibt Gott Regeln vor? Sieht er alles? Gibt es Gott überhaupt?

Mir hat es wieder sehr viel Freude bereitet, und die Kinder hatten ebenfalls sichtlich Spaß an der Aktion.

BROTZEIT, BIER UND POLITIK

...heißt meine Veranstaltungsreihe. Herzlichen Dank für die Einladungen und interessierten Debatten in...

HÖSBACH



SPD Hösbach

WEILBACH



SPD Weilbach-Weckbach

ASCHAFFENBURG-SCHWEINHEIM



SPD Aschaffenburg-Schweinheim

ALZENAU



Büro Rützel

GASTBEITRAG

VON MDL MARTINA FEHLNER

Büro Martina Fehlner



Landtagsabgeordnete
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,
Main-Spessart und Miltenberg

Tourismus- und Medienpolitische
Sprecherin der SPD-Fraktion

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Donald Trump erneut zum Präsidenten der USA gewählt. Fast zeitgleich bricht bei uns die Ampelkoalition zusammen, Neuwahlen werden ausgeschrieben. Die sich teils überschlagenden Ereignisse der vergangenen Wochen haben politische Verunsicherung ausgelöst. Immer mehr Menschen sorgen sich, wohin Deutschland, wohin die Welt derzeit steuert. Besonders auch angesichts der zunehmenden globalen Spannungen im Zusammenhang mit den Kriegen in der Ukraine und in Nahost.

Die aktuellen Krisen zeigen, wie zerbrechlich unsere friedliche Weltordnung ist. Immer sichtbarer wird auch, dass Demokratien rund um den Globus immer stärker unter Druck stehen. Und dass es oftmals ein Leichtes ist, sie schleichend auszuhöhlen, dauerhaft zu beschädigen oder gar ins Autoritäre kippen zu lassen.

Von einer äußerst schwierigen politischen Entwicklung zeugen auch die Ergebnisse der Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg. Wir erinnern uns an den durch die AfD ausgelösten Eklat bei der konstituierenden Sitzung des Thüringer Landtags – ein offener Angriff auf parlamentarische Verfahren. Auch dieser Vorfall zeigt, wie immens wichtig es ist,

unsere Demokratie und ihre Institutionen künftig noch robuster zu machen gegen demokratiefeindliche Entwicklungen.

Vor allem aber müssen die demokratischen Parteien der Mitte in dieser turbulenten Zeit enger zusammenrücken. Auch in der neu zu wählenden Bundesregierung wird es maßgeblich darauf ankommen, gemeinsame Stärken zu bündeln und zu zeigen, dass es mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung möglich ist, gute Lösungen für die Probleme in unserem Land zu finden.

Dagegen waren die politischen Debatten der letzten Zeit oft unschön zu verfolgen: aggressive Rhetorik, unsachliche Polemik, persönliche Angriffe. Ich wünsche mir, dass im bevorstehenden Wahlkampf wieder sachlicher und konstruktiver miteinander diskutiert wird – in den Parlamenten, Talkshows wie auch in den Sozialen Medien. Wenn Politikerinnen und Politiker eine wieder stärker von Respekt geprägte Gesprächskultur vorleben würden, täte das in dieser politisch aufgeheizten Zeit wirklich gut.

Die Welt um uns herum wird rauer. Lassen Sie uns als Demokratinnen und Demokraten deshalb jetzt besonders eng zusammenstehen.

Für die Stärkung der demokratischen Gesellschaft und ein soziales Miteinander setze ich mich mit einer Arbeit im Bayerischen Landtag weiterhin mit Nachdruck ein.

Herzlichst

Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
buergerbüero@martina-fehlner.de